



Regierungsratsbeschluss vom 30. August 2022

Vorentwurf Bundesgesetz über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern (UKibeG); Vernehmlassung

P220701

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates.

Begründung

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates schlägt ein neues Gesetz zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter vor. Damit soll das befristete und mehrfach verlängerte Impulsprogramm des Bundes zur Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe und dauerhafte Lösung überführt werden. Der Regierungsrat befürwortet die grundsätzliche Stossrichtung des Gesetzes, Eltern durch Bundesbeiträge an die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung finanziell zu entlasten. Der Regierungsrat weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen gewahrt werden muss und dass ein einfaches und für die Kantone mit wenig administrativem Mehraufwand verbundenes System umgesetzt werden soll.

